

Endlich bedarfsgerechte Psychotherapie!



48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 15.10.2022
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Die vielfältigen Krisen unserer Zeit fordern uns in vielerlei Hinsicht, aber vor allem auch
2 mit Blick auf eine ihrer Auswirkungen: die psychische Gesundheit der Bevölkerung leidet
3 enorm unter der von ihnen ausgelösten Dauerbelastung! Egal ob jung oder alt, der Bedarf nach
4 psychotherapeutischer Hilfe steigt stetig. Aber das Problem ist in keinster Weise neu: Der
5 Mangel an Kassensitzen für Psychotherapeut*innen ist seit Jahren ein Problem und wir müssen
6 endlich handeln! Die WHO Special Initiative for Mental Health läuft nur noch bis 2023. Auch
7 deshalb sollte sich Deutschland als größter staatlicher WHO-Support seiner Rolle im Bereich
8 der psychischen Gesundheit bewusst sein.
- 9 Es ist wichtig gewesen, dass wir uns dieses Thema ins Wahlprogramm geschrieben und es auch
10 so weit gebracht haben, dass es im Koalitionsvertrag steht, aber bisher wirkliches passiert
11 ist wenig. Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: nach einem Bericht der Deutschen
12 Psychotherapeuten Vereinigung ist die Menge der Anfragen von Januar 2020 bis Januar 2021 um
13 ca. 40% gestiegen.
- 14 Wir fordern:
- 15 • eine deutliche Erhöhung der Anzahl der verfügbaren Kassensitze für
16 Psychotherapeut*innen, denn der Bedarf an mehr Psychotherapieplätzen ist seit
17 Jahrzehnten gegeben und hat sich über die letzten Jahre weiter zugespitzt.
 - 18 • wer in Not ist, muss passgenaue Hilfe finden. Darum braucht es ein Bündel an
19 Maßnahmen, um Menschen in seelischen Krisen und mit psychischer Erkrankung schnell
20 die
21 Behandlung zu bieten, die sie brauchen. Hierfür müssen bessere und niedrigschwellige
22 Zugänge geschaffen werden. Bestehende Hilfsangebote müssen, insbesondere für die
23 schwer und chronisch psychisch kranken Menschen, stärker vernetzt werden. Für
24 Menschen
25 in akuten Krisen müssen die psychiatrischen Krisendienste schnell und flächendeckend
26 ausgebaut werden.
 - 27 • die Zugänglichkeit von Psychotherapiestunden für Geflüchtete deutlich zu verbessern
28 und Therapieplätze in verschiedenen Sprachen anzubieten. Insbesondere Menschen die
29 aus
30 Kriegsgebieten geflohen sind leiden häufig unter Kriegs- und/oder Fluchttraumata bei
31 deren Bewältigung sie Unterstützung benötigen.
 - 32 • die Anpassung der Maximalstunden für Psychotherapie an den individuellen Bedarf der
33 Patient*innen und eine Ausweitung der Akutbehandlung.
 - 34 • die Entstigmatisierung von psychischen Erkrankungen weiter konsequent und unter
35 Nutzung verschiedener Kommunikationskanäle voranzutreiben. Insbesondere den Ausbau
36 der
37 entsprechenden Bildungsarbeit sehen wir als einen wichtigen Teilaspekt bei der

- 34 Erreichung dieses Ziels. So gilt es speziell Lehrkräfte entsprechend weiterzubilden um
35 sie zu befähigen im Rahmen des schulischen Unterrichts an der Entstigmatisierung
36 psychischer Erkrankungen mitzuwirken.
- 37 • angemessene finanzielle Rahmenbedingungen für Psychotherapeut*innen in Ausbildung
38 und
Weiterbildung für eine nachhaltige Nachwuchsförderung.
- 39 Unser Ziel muss es sein, dass psychischen Beschwerden genauso wenig ein gesellschaftliches
40 Stigma anhängt als dies bei körperlichen Leiden der Fall ist und dass ein Besuch beim
41 Psychotherapeuten bei psychischen Beschwerden genauso akzeptiert ist wie der Besuch der/
des
42 Hausärzt:in bei physischen Leiden. Entsprechend kann es auch nicht sein, dass Menschen die
43 in der Vergangenheit eine psychotherapeutische Behandlung durchlaufen deswegen Nachteile
in
44 ihrem weiteren beruflichen Werdegang entstehen, bspw. wenn sie zu einem späterem
Zeitpunkt
45 eine Verbeamtung anstreben sollten.